



Alles, was den Bürger interessiert!!!

Landtagswahl am 13. Mai 2012

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in einer Rotlichtausgabe vor der Landtagswahl 2010 haben wir zwei Fragen als Maßstab einer guten Landespolitik für die weitere Entwicklung der Stadt Lichtenau gestellt:

- **Wie entwickelt sich die Finanzausstattung der Gemeinden durch Land und Bund?**
- **Wie soll eine zukünftige Schule in Lichtenau gestaltet sein?**

In beiden Bereichen hat die rot-grüne Minderheitsregierung gute Arbeit geleistet:

Sekundarschule

Josef Hartmann (Stadtverbandsvorsitzender):



"Der Schulkompromiss weist mit der Sekundarschule genau die Schulform aus, die Lichtenau braucht. Leider ist es im 1. Anlauf noch gelungen, die notwendige Akzeptanz bei Lichtenauer Eltern für diese Schulform zu erreichen. Soll aber der Schulstandort Lichtenau Angebote für Schülerinnen und

Schüler der Klassen 5-10 anbieten, muss das nächste Anmeldeverfahren erfolgreicher sein. In Düsseldorf jedenfalls wurden die richtigen Weichen gestellt."

Gemeindefinanzierungsgesetz

Markus Lübbers (Fraktionsvorsitzender):



Mit einem Volumen von 8,4 Mrd. Euro stellt das GFG 2012 nicht nur einen Rekord hinsichtlich der Höhe der Zuweisungen dar. Das Land hat Wort gehalten: Rund 500 Mio. Euro, (+ 6,3%) mehr als im vergangenen Jahr fließen den Städten, Gemeinden und Kreisen zu. Es beteiligt die Kommunen wieder voll an ihren Steuermehr-

einnahmen, sorgt für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung und hilft den notleidenden Kommunen durch zusätzliche Landesmittel. Ein sogenannter Flächenansatz z.B. soll die Belastungen von Flächengemeinden wie Lichtenau berücksichtigen. Das ist gut so, denn allein kann Lichtenau die entstandenen Defizite nicht ausgleichen. Zur Verhinderung eines Haushaltssicherungskonzeptes sind schon mit dem Haushalt 2012 sind für 2013 Einsparungen von mehr als 300.000 € beschlossen worden. Diese sog. "Liste der Grausamkeiten" enthält erhebliche Kürzungen nicht nur bei Leistungen für Vereine und des Familienpasses etc., sondern v.a. die Streichung von Geldern für die Renovierung von Gebäuden und anderen städtischen Einrichtungen. Hier ist Lichtenau auf Hilfen durch eine kommunenfreundliche rot-grüne Landesregierung angewiesen."



Burkhard Blienert.
Unser Kandidat für das Paderborner Land.

am Freitag, den 04. Mai in Lichtenau
17 Uhr Stand am Neukauf, 19.30 Uhr Restaurant Apollon

Haushaltsrede 2012

Fraktionsvorsitzender Markus Lübbers



„Ist die Stadt Lichtenau noch zu retten?“

Der Haushaltsentwurf der Stadt Lichtenau steht zur Abstimmung an. Nach Ausweisung eines Haushaltsdefizits von 3,9 Millionen Euro im Jahr 2011 jetzt eine veranschlagte Neuverschuldung von 3,4 Millionen Euro. Während in den Nachbarkommunen die Gewerbesteuererinnahmen reichlich fließen, die Ausgleichsrücklage noch gut bestückt ist, ist in Lichtenau nichts dergleichen zu vermelden. Stagnierende Gewerbesteuererinnahmen auf niedrigem Niveau, eine bereits längst verfrühstückte Ausgleichsrücklage, da stellt sich zwangsläufig folgende Frage:

„Ist die Stadt Lichtenau noch zu retten?“

Die SPD-Fraktion antwortet mit einem eindeutigen: „Ja“. Nur dafür ist es notwendig, eindeutige und längst überfällige Weichen für die Zukunft zu stellen. Sicherlich steht auch die SPD-Fraktion für eine strikte Ausgabendisziplin. Doch freiwillige Leistungen in einer Größenordnung des Haushaltsdefizits sind im Haushalt gar nicht zu finden und könnten daher auch nicht gestrichen werden.

Senkung der Baulandpreise

Folgerichtig also auch der Antrag der SPD-Fraktion auf Senkung der Baulandpreise um die sogenannte Infrastrukturpauschale. Vor Einführung dieser zusätzlichen Belastung der Baulandpreise war der Grundstücksmarkt im Kernort Lichtenau und den Ortsteilen noch in Ordnung. Heute sind nicht veräußerte Baugrundstücke ein großes Problem für den Haushalt. Denn die Zinsen für die kreditfinanzierte Erschließung laufen weiter, die Abschreibung muss jährlich erwirtschaftet werden und zusätzliche Pflegekosten sind auszuweisen. Bedenkt man, dass in vielen Ortschaften ganze Baugebiete seit Jahren nicht nachgefragt werden, so muss sich die Politik und somit auch die SPD die Frage stellen, ob bei der Ausweisung der Gebiete die richtigen Entscheidungen getroffen wurden, oder ob am Bürgerwillen vorbeigeplant wurde. Solche Fehler dürfen in Zukunft nicht wieder passieren. Die Konsequenz kann nach Meinung der SPD-Fraktion nur sein, runter mit den Baulandpreisen und ein offensives Marketing, damit junge Familien sich wieder in Lichtenau ansiedeln und Einnahmen, Kaufkraft und Schlüsselzuweisungen des Landes mitbringen.

Familienzentrum in Atteln

Ein weiterer Vorschlag zur Steigerung der Attraktivität in Lichtenau ist die Antragstellung zur Ausweisung eines Familienzentrums in der Kindertageseinrichtung Atteln oder als Verbundfamilienzentrum im Altenautal. Durch das Familienzentrum können Fördergelder von 13.000,00 Euro vom Land akquiriert werden und

für die Familienbildung und Familienförderung im Altenautal zielgerichtet eingesetzt werden. Ein Familienzentrum ist nach Meinung der SPD immer ein Standortvorteil:

Eigenbetrieb von Windkraftanlagen

Eine weitere Maßnahme zur Steigerung der Einnahmen der Stadt Lichtenau lässt sich durch den Eigenbetrieb von Windkraftanlagen verwirklichen. Die Stadt könnte von der KfW Bank Kredite für die Finanzierung der Anlagen mit einem Zinssatz von 0,5% erhalten. Die Erträge und die Gewerbesteuer kämen dem städtischen Haushalt direkt oder über eine stadteigene Gesellschaft indirekt zufließen. Die Bürgerinnen und Bürger würden direkt profitieren. Auch die Gründung einer Bürgergenossenschaft mit der Stadt als Mehrheitsanteilsnehmer ist ein denkbarer Weg. Denn eins ist klar: Neue Windkraftanlagen sind den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Lichtenau nur zu vermitteln, wenn die Gewerbesteuer und ein Großteil der Gewinne in der Stadt verbleibt. Anlagen durch private Betreiber in Lichtenau zu errichten und die Gewerbesteuer durch Abschreibungsmodelle zu drücken oder in anderen Kommunen zum größten Teil zu zahlen ist nicht der richtige Weg. Damit ich nicht falsch verstanden werde, selbstverständlich können sich auch private Investoren vornehmlich aus dem Stadtgebiet auf dem Gebiet der regenerativen Energien betätigen, die Stadt muss nur die Voraussetzungen schaffen, dass die Gesellschaften auch in Lichtenau ansässig bleiben.

Dauerthema TZL

Komme ich nun zu einem weiteren Dauerbrenner in der Stadt Lichtenau. Desaströses Missmanagement im TZL haben dem Lichtenauer Steuerzahler über viele Jahre sehr viel Geld gekostet. Mein Dank gilt an dieser Stelle dem neuen Geschäftsführer Jörg Altemeier, der sich vorgenommen hat die Vergangenheit aufzuarbeiten und das TZL in eine ruhigere Zukunft zu führen. Das ist gut und richtig. Hier hilft die SPD-Fraktion gerne mit. Deutlich wird dies sicherlich, dass der Kontakt zu einem neuen Mieter durch uns hergestellt wurde. Aber zur Vergangenheitsbewältigung gehört nach Meinung der SPD-Fraktion auch, mögliche Forderungen gegenüber Schuldern zu realisieren, und die Verantwortlichen des Missmanagements rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Zur Offenheit und Transparenz gehört auch, die Geschäftsführung von Altbürgermeister Wange und seinem Aufsichtsgremium kritisch zu hinterfragen und Regressforderungen zu prüfen. Einfach Schwamm drüber und nach vorne schauen ist dem Steuerzahler der Stadt Lichtenau nicht zuzumuten und auch nicht zu vermitteln. Hier ist also noch ein

gehöriges Stück Arbeit zu leisten, wenn die CDU-Mehrheitsfraktion und Bürgermeister Merschjohann den Mut dazu haben.

Schulstandort sichern

Jetzt gilt es, das nächste Anmeldeverfahren vorzubereiten. Die SPD-Fraktion schlägt die Einrichtung eines runden Tisches vor, an dem neben Verwaltung und Schulen auch die Elternvertreter und Lehrer der 4. Klassen der Lichtenauer Grundschulen, Vertreter der örtlichen Wirtschaft sowie sachkundige Ratsmitglieder vertreten sind. In gemeinsamen Gesprächen und Veranstaltungen z.B. mit Lehrern und Eltern bereits bestehender Sekundarschulen müssen die Vorzüge einer Sekundarschule für Lichtenau aufgezeigt werden, damit der Schulstandort gesichert werden kann.

Keine Beförderungen

Aber auch auf der Ausgabenseite muss ein strikter Sparkurs eingeschlagen werden. Daher sind Stellenanhebungen im Jahr 2012 einfach nicht drin. Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen gutes Geld verdienen, und die Beschäftigten der Stadt dürfen nicht immer unter den leeren Kassen der Stadt leiden. Doch auch mit der Besoldungsgruppe A12 ist eine Aufgabe schon gut dotiert. Erst wenn die Aufgabe und die Verantwortung nennenswert wächst kann und sollte auch befördert werden. Dies ist hier noch nicht der Fall.

Phantomdiskussion Nationalpark

Mittel können in Lichtenau nur noch zielgerichtet verausgabt werden. Für Wohltaten ist schon lange kein Geld mehr da. Daher müssen sich die CDU-Fraktion und auch die FDP entscheiden, wollen sie z.B. den Tourismus in Lichtenau fördern, oder nicht? Wenn ja, warum dann das Nein zu einem möglichen Nationalpark? Eigentlich eine Phan-

tomdiskussion, denn im zuständigen NRW Landesministerium ist eine Ausweitung des Nationalparks auf das Gebiet der Stadt Lichtenau gar kein Thema. Doch anstatt die Bürgerinnen und Bürger sachkundig zu informieren, werden Ängste geschürt. Wer den Tourismusmagneten Nationalpark nicht möchte, sollte auch konsequenter Weise die Mittel für die Tourismusförderung kürzen.

Völlig unverständlich gerade hier die Vorreiterrolle der beiden Ortsvorsteher Klösener und Jung. Gerade Herbram Wald hätte diesen Attraktion als mögliches Tor zum Nationalpark für die Aktivierung des Tourismus bitter nötig. Anstatt sich für die nicht geplante Gebietskulisse stark zu machen, wird dies von beiden bekämpft. Ich glaube in Lichtenau gibt es wichtigere Themen.

SPD lehnt Haushalt 2012 ab

Zusammenfassend stelle ich fest, Bürgermeister und CDU-Mehrheitsfraktion werden sich langsam ihres ausgewegenen politischen Irrweges der letzten Jahre bewusst und nehmen die konstruktiven und richtungsweisenden Vorschläge und Anregungen der SPD-Fraktion und das Angebot zur Zusammenarbeit, wenn auch zögerlich, auf. Das ist gut so. Die Lage in der die Stadt Lichtenau aktuell jedoch steckt haben sie selbst mit zu verantworten. Daher müssen sie auch diesen stark defizitären Haushalt selbst verantworten. Ich kann nur hoffen, nehmen sie die guten Denkansätze der Opposition auf, arbeiten sie konstruktiv mit uns in allen Belangen zum Wohl der Stadt Lichtenau zusammen, dann werden wir das Schiff Lichtenau auch wieder flott bekommen und auch eine Zustimmung des nächsten Haushaltes in Aussicht stellen können.

Ortsvorsteher in der Kritik - Neutralitätsgebot missachtet

Etwas voreilig waren einige Ortsvorsteher der Stadt Lichtenau, als sie in einem Zeitungsbericht (NW vom 03.04.2012) eine Hilfsaktion ankündigten und dabei ihre Ortsvorsteherfonds einsetzen wollten, obwohl sie eigentlich wissen mussten, dass Gelder aus diesem Fond ausschließlich für ihre jeweiligen Dörfer zur Verfügung stehen. Die Betroffenen verzichteten auf diese öffentlich angepriesene Hilfsaktion aber letztendlich und sie wurde wieder abgeblasen.

Bürgerstiftung

Genau so voreilig ist die Ankündigung der Gründung einer Bürgerstiftung. Eine Bürgerstiftung, die unter dem Schirm der Kirchen und der Stadt steht, greift so eindeutig zu kurz. Eine Lichtenauer Bürgerstiftung muss breiter aufgestellt sein und auch

Personen des öffentlichen Lebens, heimische Unternehmen (u.a. sicher auch die Windkraftbetreiber), Vereine und selbstverständlich auch die Kirchen und die Stadt beteiligen. Der „Arbeitskreis Bürgerstiftungen“ hat im Jahr 2000 zehn Merkmale formuliert, die allen Bürgerstiftungen und damit auch einer möglichen Stiftung in Lichtenau als Grundlage dienen sollte. Diese Merkmale basieren vor allem auf der Idee der Unabhängigkeit von einzelnen Stiftern oder Personen, der Idee der Mitbestimmung, des Dienstleistens und der Transparenz. Hoffentlich war dieser Presseartikel nur ein unüberlegter Schnellschuss. Sonst ist die Idee einer breit aufgestellten und auf Transparenz ausgerichteten Institution schon, bevor sie beginnt, zum Scheitern verurteilt.

Neutralitätspflicht für Ortsvorsteher

Zum genannten Zeitungsbericht gehört auch ein Bild, auf dem neben einigen Ortsvorstehern der Stadt Lichtenau auch der CDU-Landtagsabgeordnete Fehring aus Höxter und der Vorsitzende der Gegner eines Nationalparks Teutoburger Wald Jürgen Ruth aus Schlangen zu sehen sind. Weshalb kommen die nach Asseln? Offensichtlich ging es beim Treffen nicht um die Hilfsaktion oder die Bürgerstiftung, sondern um Aktionen gegen einen Nationalpark, dessen Gebietskulisse nicht auf Flächen der Stadt Lichtenau geplant ist. Die Ortsvorsteher führen hier eine Phantomdiskussion, die jeglicher Grundlage entbehrt.

Wir glauben, dass Ortsvorsteher nicht legitimiert sind, zu Veranstaltungen wie am 14.03.2012 in Herbram und der Demonstration in Asseln am 21.04.2012 einzuladen. Ortsvorsteher sind Ehrenbeamte und unterliegen nach der Gemeindeordnung einer Neutralitätspflicht. Diese ist zumindest bei der Veranstaltung in Herbram nicht eingehalten worden. Auf dem Podium befanden sich mit Dr. Andreas Wulf, Bürgermeister von Augustdorf, Markus Büscher, Geschäftsführer Blomberger Holzindustrie und Jürgen Ruth, Vorsitzender der Bürgerinitiative »Unser Teutoburger Wald« nur Nationalparkgegner. Auch für die geplante Demonstration in Asseln müssen sich die einladenden

den Ortsvorsteher den Vorwurf gefallen lassen, als Ehrenbeamte das Neutralitätsgebot zu missachten, wenn sie sich an die Spitze dieser "Pseudo"-Nationalparkdiskussion stellen oder sie gar anzetteln. Es drängt sich auch der Eindruck auf, dass der Landtagskandidat der CDU ein Thema braucht und dabei seine Ortsvorsteherkollegen und eine ganze Region instrumentalisiert. Das Bild des Don Quichote, der gegen Windmühlenflügel kämpft, das der Grüne Landtagskandidat Dr. Harald Grünau nutzt (WV. 17.04.) gefällt uns ausgesprochen gut. Gespannt sind wir, wie Jung sich im Zusammenhang mit dem Hauptwahlkampfthema Schulden der NRW CDU angesichts der kreisweit höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Lichtenau positioniert.

Wahlkampfhilfe statt Neutralität

Auch Bürgermeister Merschjohann scheint ein Neutralitätsproblem zu haben. Wohl eher gewollt ist das Auftauchen des Landtagskandidaten Jung bei einem Pressetermin der Stadtwerke Lichtenau zum Thema „Lichtenauer Strom“ ohne jeglichen sachlichen oder politischen Zusammenhang. Der Geschäftsführer der Stadtwerke verwies bei einer diesbezüglichen Nachfrage darauf, diese Frage doch dem Bürgermeister zu stellen. Dem scheint jedes Mittel Recht zu sein, seinem CDU-Parteifreund Wahlkampfhilfe zu leisten.

Hannelore Kraft muss Ministerpräsidentin bleiben

In NRW stehen Neuwahlen an. Die rot-grüne Minderheitenregierung hat 2 Jahre lang gute Politik gemacht. Aus der Minderheitenregierung soll nunmehr eine Mehrheitsregierung werden.

seren Kreisvorsitzenden Burkhard Blienert, er soll unser "Mann" in Düsseldorf werden. **Diese Landesregierung hat NRW gut getan, diesen Erfolg wollen wir fortsetzen!**



Wir Lichtenauer Sozialdemokraten werden einen engagierten Wahlkampf führen: für Hannelore Kraft, sie soll Ministerpräsidentin bleiben, für un-

Termine

Frühschoppen mit der Gruppe Zeitsprung
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
 am Sonntag, 22.April ab 11.00 Uhr
 in der Gaststätte Bobberts in Paderborn

Parteivorsitzender Sigmar Gabriel
 am Montag, 30.April um 18.00 Uhr
 im Hotel Aspethera in Paderborn

Verantwortlich:
 J. Hartmann, Im Soratfeld 6,
 33165 Lichtenau, Tel. 05295/551,
 E-Mail: JHartm4767@aol.com,
Internet: www.spd-lichtenau.de

Sekundarschule für Lichtenau. 

musikalischer Frühschoppen mit der Gruppe ZEITSPRUNG und mit unserer

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

am Sonntag, 22. April 2012, ab 11 Uhr
in der Gaststätte Bobberts, Kötterhagen 3a, in 33098 Paderborn.

Außerdem erwarten wir unseren

Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel

am Montag, 30. April 2012 um 18 Uhr
im Hotel Aspethera, Am Busdorf 7, in 33098 Paderborn.